

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 143. Ratssitzung vom 31. Oktober 2012

3212. 2011/235

Postulat von Martin Luchsinger (GLP) und Philipp Käser (GLP) vom 29.06.2011: Einsatz von Fahrrädern mit GPS-Sendern zur Erhöhung der Aufklärungsquote bei Fahrraddiebstählen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Martin Luchsinger (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1490/2011): *Durch die Annahme der Städteinitiative hat sich die Stimmbevölkerung für die Wichtigkeit des Velos in der Stadt Zürich ausgesprochen. Das Eigentum an sich gilt es zu schützen. Deshalb ist es für uns Grünliberale doppelt störend, dass Velodiebstähle in 98 % der Fälle unaufgeklärt bleiben. Jährlich werden 2500 Velos als gestohlen gemeldet es handelt sich also nicht um Velos, die von ihren Besitzern zwecks 'Entsorgung' einfach irgendwo stehen gelassen werden. Mittels der aktuellen technischen Möglichkeiten sollen die Aufklärungsquote erhöht – und die Ermittlungen kosteneffizient verbessert werden. Die vorgesehenen Ködervelos sollen selbstverständlich abgeschlossen sein und an offiziellen Veloabstellplätzen eingesetzt werden, sodass tatsächlich ein Vorsatz vorhanden sein muss beim Aufknacken eines Velos. Wir haben nicht Gelegenheitsdiebe im Fokus, sondern professionelle Diebesbanden. Die Einführung der geforderten Massnahme wird aber auch abschreckende Wirkung auf Gelegenheitsdiebe haben. Die mit der Massnahme erreichte Prävention könnte sich sogar entlastend auf die Aufwände der Polizei auswirken. Diese könnte somit bei gleichbleibender Stellenzahl die Sicherheit in der Stadt erhöhen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Das von den Postulanten vorgeschlagene Mittel ist juristisch untauglich. Damit technische Überwachungsmassnahmen in der Strafverfolgung eingesetzt werden können, müssen relativ hohe Anforderungen erfüllt sein. Eine solche Anordnung müsste vom Staatsanwalt verfügt werden. Möglich wäre dies aber nur bei genügender Schwere der Straftat, die bei einem Velodiebstahl mit Sicherheit nicht gegeben wäre. Auch im Polizeigesetz fehlt jegliche Grundlage für eine präventive GPS-Überwachung.*

Weitere Wortmeldungen:

Kurt Hüssy (SVP): *Ein GPS-Sender kostet etwa 200 Franken, der Einbau 50 Franken, und die Abogebühren Fr. 19.90 pro Monat. Im ersten Jahr würde die Ausrüstung fast 500 Franken kosten und in jedem weiteren Jahr – ohne allfällige Reparaturen –*

238 Franken. Geht man davon aus, dass die meisten als gestohlen gemeldeten Velos nur ausgelehnt worden sind und irgendwo in der Stadt oder Region wieder abgestellt wurden, ist überhaupt kein Nutzen ersichtlich. Banden würden den Sender schnell finden und ausschalten bzw. das Ködervelo stehen lassen. Solche Massnahmen sind nicht Aufgabe der Polizei.

Dr. Martin Mächler (EVP): Die Velos werden keineswegs nur ausgelehnt, sondern lassen sich nicht mehr auffinden. Obwohl uns die Idee sympathisch ist, lehnen wir das Postulat ab. Wie bereits gesagt wurde, ist eine solche Massnahme gesetzlich nicht vorgesehen. Auch vermöchte sie professionellen Diebesbanden nicht sicher das Handwerk zu legen. An weniger Velodiebstählen müssten ja vor allem auch die Versicherungen Interesse haben, insofern wäre es eigentlich nicht nur Aufgabe der Stadt, die Zahl der Diebstähle zu verkleinern, sondern es könnte allenfalls mit den Versicherungen nach einer Lösung gesucht werden.

Thomas Schwendener (SVP): Diese Sache kann jeder Einzelne seinen Bedürfnissen entsprechend mit der Versicherung regeln. Es geht einfach zu weit, wenn alles und jeder mit einem GPS-Sender ausgestattet werden soll.

Marcel Schönbächler (CVP): Wir lehnen das Postulat ab, obwohl der Ansatz durchaus innovativ ist. Das Problem mag, wie bereits ausgeführt wurde, ein rechtliches sein, und vor allem wäre auch die Umsetzung der Massnahme schwierig. Ich weise den Rat darauf hin, dass wir dem Postulat 2011/429, das den Stadtrat allgemein bittet, Massnahmen gegen Diebstähle zu ergreifen, zustimmen werden.

Joachim Hagger (FDP): Auch die FDP lehnt das Postulat ab. Die Rechtslage müsste man vielleicht noch genau abklären lassen. Meiner Meinung nach obliegt es aber nicht dem Gemeinderat, der Stadtpolizei genaue Vorschriften über ihre Arbeit zu machen. Die Velodiebstähle sind tatsächlich ein grosses Ärgernis in der Stadt Zürich und halten wahrscheinlich viele Leute davon ab, sich überhaupt ein Velo anzuschaffen. Sogenannte GPS-Sender würden sich aber besser als private Versicherungsmassnahmen eignen. Das viel offener formulierte Postulat 2011/429 werden wir dann aber unterstützen, weil es die Wahl der geeigneten Massnahmen der Stadtpolizei überlässt.

Andreas Kirstein (AL): Die Hoffnungen der Postulanten, den Velodiebstahl im grossen Stil unterbinden zu können, würden sehr wahrscheinlich enttäuscht werden, käme es denn zu einer Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahme. Die AL lehnt dieses Postulat ab. Sinnvoller erscheint uns das Postulat 2011/429.

Dr. Davy Graf (SP): Die Massnahmen sind unverhältnismässig. Velodiebstähle können nicht als schwere Verbrechen gelten. Während eines Pilotprojekts in Holland gingen die Diebstähle um rund 20 % zurück, allerdings nur in Kombination mit massiver Kommunikation. Nach Abschluss des Projekts wurden es schliesslich wieder mehr Diebstähle. In Winterthur gab es zu diesem Thema eine Interpellation, auf die unter anderem geant-



3 / 3

wortet wurde, es müsse auf Bundesebene eine Änderung der Strafprozessordnung angeregt werden. Wir wollen aber sicher nicht, dass wegen Velodiebstählen Tür und Tor geöffnet wird für einen Überwachungsstaat. Das Problem liesse sich ja vielleicht schon durch sicherere Veloabstellplätze verkleinern.

Simon Kälin (Grüne): Es geht uns nicht darum, einen Überwachungsstaat zu errichten, sondern die gegebenen technologischen Möglichkeiten kreativ zu nutzen. Die satellitengestützte Technologie durchdringt immer mehr unseren Alltag. Gesetze müssen den gesellschaftlichen Entwicklungen doch früher oder später angepasst werden. Wir sollten uns nicht vom Rechtsstaat bremsen lassen, sondern dafür sorgen, dass gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, die den Bedürfnissen unserer Zeit Rechnung tragen. In unseren Augen ist die vorgeschlagene Methodik einfach, praktisch und kosteneffizient.

Severin Pflüger (FDP): Wer unternehmerisch denkt, könnte mit dem Verkauf von GPS-Sendern für Velos sicher Geld verdienen.

Martin Luchsinger (GLP): Den Rechtsstaat möchte ich keinesfalls in Frage stellen. Im Zuge technologischer Innovationen muss im Gesetz aber meistens ein Nachvollzug stattfinden. Würden die technologischen Möglichkeiten richtig genutzt, könnten Kosten, die bei der Entgegennahme der Diebstahlmeldungen anfallen, gespart werden. Gegen eine begleitende Kommunikation spricht übrigens nichts. Dass das noch zu behandelnde Postulat 2011/429 wirksamere Massnahmen vorsieht, bezweifle ich. Die spezifische Überwachung Krimineller erscheint mir nicht heikel.

Das Postulat wird mit 27 gegen 91 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat